

WOCHENRÜCKBLICK



Öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat keine Zukunft mehr

Die Entscheidung des Norddeutschen Rundfunks (NDR), die Moderatorin Julia Ruhs von weiteren Produktionen der ARD-Reportagerei "Klar" auszuschließen, hat eine bundesweite Debatte über Programmvietfalt, journalistische Neutralität und die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausgelöst.

Der stellvertretende Bundessprecher der Alternative für Deutschland, Stephan Brandner, erklärt in diesem Zusammenhang, der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe schon lange "keine Zukunft mehr", was spätestens jetzt eigentlich jedem wahren Demokraten klar sein müsse. Brandner und die gesamte AfD fordern seit Langem eine grundlegende Umgestaltung und Abschaffung der bestehenden Strukturen und plädieren stattdessen für einen schlanken "Grundfunk" ohne Zwangsgebühren.

"Nach der gezielten Mobbingkampagne gegen eine der letzten Journalistinnen, die kritischen Journalismus im Staatsfunk gelebt hat, der sich von der linksgrünen Mehrheit unterscheidet, zeigt sich, dass die Debatte in Deutschland auf dem absoluten Tiefpunkt angekommen ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist derzeit nichts weiter als das Propagandainstrument der Regierenden, das keine Kritik zulässt. Kein mündiger Bürger braucht zwangsfinanzierte Regierungstrumpeten. Ausgewogener und neutraler Journalismus darf in einer Demokratie kein Luxus sein - er ist ein Muss", kommentiert Brandner wörtlich.



Lippenbekenntnisse nutzen dem Tatami nichts

Dem Schmöllner Freizeitbad Tatami droht aufgrund finanzieller Gründe die Schließung. Obwohl Ministerpräsident Voigt anlässlich seiner sogenannten Sommertour durch das Altenburger Land dem Tatami seine Unterstützung versprochen hat, hat sich bislang – und einen Monat nach seinem Besuch – nichts getan.

Stephan Brandner, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Gera, Greiz und das Altenburger Land, erinnert den Ministerpräsidenten an dessen Worte. Brandner selbst hatte dem Tatami einen Informationsbesuch abgestattet und sich davon überzeugt, dass dort mit viel Engagement und Herzblut für das Bad gekämpft wird und es unbedingt erhalten bleiben müsse.

„Das Tatami hat äußerst wichtige Funktionen für Schmölln und die Region. Hier erlernen Kinder das Schwimmen – das rettet Leben. Vereine betreiben Leistungssport, Ältere und Kranke machen ihren Gesundheitssport, und viele Menschen aus Nah und Fern gehen ihrem Freizeitvergnügen nach. Eine Schließung, die insbesondere aufgrund der hohen Personal- und Energiekosten ohne eine Länderunterstützung unausweichlich ist, wäre für die Region ein fatales Zeichen. Geld ist genug da, es wird nur falsch ausgegeben.“



Ausbau des Bundeskanzleramts und Gigantomanie stoppen

Während Bundeskanzler Merz kurz vor den Kommunalwahlen in NRW beim dortigen Landesparteitag seiner Partei feststellte, dass Deutschland und die Bürger über ihre Verhältnisse lebten und damit für seine Reformpolitik werben wollte, zeigt die Realität, dass das Bundeskanzleramt im Jahr 2026 mit deutlich gestiegenen Ausgaben von fast fünf Milliarden Euro rechnet. Allein der Ausbau des Bundeskanzleramts kostet nach aktuellen Schätzungen 777 Millionen Euro.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kritisiert die Gigantomanie auch dieses Baus:

„Während wir Bürger immer wieder zum Sparen und zum Verzicht aufgerufen werden, scheint dies für die Bundesregierung selbst nicht zu gelten. Statt Hunderte neuer Büroräume zu schaffen, muss ein dezidiertes Personalabbauprogramm dazu führen, dass nicht nur die vorhandenen Büroräume ausreichen, sondern diese künftig nicht mehr benötigt werden. Die Einzige, die in diesem Land über ihre Verhältnisse lebt, ist die Bundesregierung.“



Pressestatement

Die Zahlen, die durch meine Kleine Anfrage nun bekanntgeworden sind, erschüttern. Im Jahr 2024 wurden zehntausende Deutsche Opfer schwerster Straftaten – Körperverletzungen, Raube, Sexualdelikte –, bei denen Tatverdächtige aus dem Kreis der Zuwanderer erfasst wurden. Allein bei Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit waren mehr als 19.000 Deutsche Opfer von Zuwandergewalt und -kriminalität.

Doch nicht allein die Masse der Fälle schockiert – auch die Schwere: Über 4.000 Sexualstraftaten, mehr als 10.000 Fälle von Delikten gegen die persönliche Freiheit und über 3.000 Raub- und Erpressungsdelikte, bei denen Deutsche zu den Opfern wurden. Selbst bei Verbrechen gegen das Leben sind mehr als 100 versuchte und 14 vollendete Taten im Zusammenhang mit Zuwanderern auf Täterseite.

Diese Zahlen werfen eine drängende Frage auf, die die AfD klar beantwortet: Wie kann es sein, dass unsere Gesellschaft in einem so massiven Ausmaß von Gewalt durch jene betroffen ist, die als Schutzsuchende in unser Land kamen. Wir als AfD werden nicht wegsehen, wir werden das beenden, denn: Jedes Opfer ist eines zu viel.“



**Deutsche
Opfer der
Zuwanderung!**

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

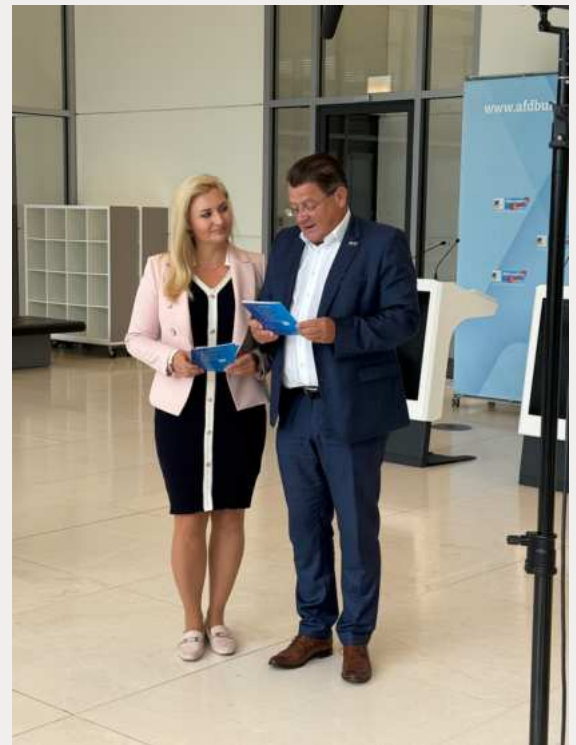
AfD



Aktuelle Videos



Medienarbeit im Bundestag



**STEPHAN
BRANDNER**

Wahlkampf in Velten



STEPHAN
BRANDNER

Fußball in Großenstein



Rückblick auf die Plenarwoche, 16.9.25

Zu Beginn der Plenarsitzung am **Dienstag, 16. September 2025**, hat der Bundestag nach einer kurzen **Geschäftsordnungsdebatte** beschlossen, in dieser dreitägigen Haushaltswoche zum Haushaltsgesetz 2025 pro Debatte nur 75 Minuten statt wie sonst bei Haushaltsberatungen üblich 90 Minuten vorzusehen. Dieser Regelung stimmten CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu. Die AfD-Fraktion lehnte sie ab und verlangte neben dreieinhalb Stunden für die Generaldebatte auch 90 Minuten Redezeit für jede andere Debatte.

Dr. Bernd Baumann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, argumentierte, die Regierung wolle die gigantischste Neuverschuldung der bundesdeutschen Geschichte mit 850 Milliarden Euro neuen Schulden beschließen. Die Redezeit in dieser Woche werde um fast fünf Stunden verkürzt. Über 1.000 Einzelanträge seiner Fraktion zum Haushalt, die 110 Milliarden Euro einsparen würden, müsse ausgiebig geredet werden.

Den **Etat des Bundesministeriums der Finanzen** sowie des **Bundesrechnungshofes** im Haushaltsgesetz 2025 hat der Bundestag am **Dienstag** nach anderthalbstündiger Debatte in zweiter Beratung angenommen. Für den Etat des Finanzministeriums stimmten CDU/CSU und SPD. Die AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke lehnten ihn ab.

Den Auftakt der inhaltlichen Debatte machte dann für die **AfD-Fraktion Dr. Michael Ependiller**. „Wie können wir Bürger und Wirtschaft entlasten? Wir haben diese Frage auch beantwortet“, sagte Ependiller. Seine Fraktion habe 1.000 Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung vorgelegt und dabei unter anderem vorgeschlagen, die Zahlungen an die Europäische Union um 14 Milliarden Euro zu kürzen. Bei den Ausgaben für die Bundeswehr könnten 10,7 Milliarden Euro gekürzt werden, bei den Ukraine-Hilfen nannte er gut 20 Milliarden Euro. Ependiller schlug ferner vor, die Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen zu kürzen. Beim Bürgergeld ließen sich 14,6 Milliarden Euro einsparen. Die Mittel für Sprachkurse für Migranten könnten gestrichen werden, was eine Milliarde Euro einspare. Im Gegenzug könnten die Abgaben auf die Emission des Treibhausgases CO₂ gestrichen werden. Die Lkw-Maut will die AfD-Fraktion reduzieren. Dafür sollen 7,7 Milliarden Euro mehr in die sozialen Sicherungssysteme fließen. Unterm Strich bleibe damit eine Entlastung der Bürger von 66,1 Milliarden Euro.



Rückblick auf die Plenarwoche, 17.9.25

Bundeskanzler Friedrich Merz hat die Bevölkerung in der **Generaldebatte** zum Bundeshaushalt 2025 am Mittwoch auf tiefgreifende Reformen eingeschworen.

Alice Weidel hatte die Bundesregierung scharf kritisiert und ihr „Selbstgefälligkeit“ und „Kriegstreiberei“ vorgeworfen. In Bezug auf die Migrationspolitik sprach sie von einer „**Politik des Schönredens und Leugnens**“.

Weidel forderte eine vollständige Schließung der Grenzen, die Bindung von Sozialleistungen an die Mindesteinzahlungsdauer und die Streichung des Bürgergeldes für Geflüchtete aus der Ukraine. Außerdem erneuerte sie AfD-Forderungen nach einer Rückkehr zur Kernkraft, der Senkung der Stromsteuer und einer Abschaffung des Verbrenner-Verbots. Den Haushalt für 2025 nannte sie „verantwortungslos“.

Der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wird auch in diesem Jahr der mit großem Abstand ausgabenstärkste des Bundeshaushalts bleiben. Das hat der Bundestag am Mittwoch beschlossen.

Gerrit Huy (AfD) störte sich beim Bürgergeld vor allem an den ausländischen Staatsangehörigkeiten sehr vieler Bürgergeld-Bezieher und forderte, diese müssten erst sehr viele Jahre in die Sozialsysteme eingezahlt haben, um einen Anspruch auf Leistungen zu erwerben. Auch sollten Flüchtlinge, die hier keine Arbeit fänden, in ihre Heimatländer zurückkehren oder ansonsten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Die drittgrößte Zuwachsrate (plus 2,57 Milliarden Euro) aller Einzelpläne im Vergleich zum Vorjahr sieht der Etatentwurf des **Bundesministeriums für Gesundheit** vor.

Martin Sichert (AfD) zeichnete ein düsteres Bild der gegenwärtigen Versorgungslage und sprach von einem ungerechten Gesundheitssystem voller Beschwerden und überbordender Bürokratie.



Rückblick auf die Plenarwoche, 18.9.25

Der Bundestag hat am Donnerstag die Etats des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und des Bundesverfassungsgerichts angenommen.

Stephan Brandner (AfD) sagte in seiner Rede, der Haushalt des Bundesministeriums der Justiz kommt aufs Ganze gesehen ziemlich mickrig daher und so ist inzwischen auch der Ruf des einstmals so stolzen Ministeriums, runtergewirtschaftet von SPD- und FDP-Politikern. Es war verantwortlich in der letzten Wahlperiode für solchen Quatsch wie das Selbstbestimmungsgesetz oder das von Lauterbach so vehement geforderte Cannabisgesetz.

Gerichtet an die Justizministerin sagte er: Seien Sie ein bisschen mehr wie Volker Wissing: Halten Sie sich zurück. Den Rechtsstaat, den rechten Weg beschreiten wir dann, wenn wir den Bundesjustizminister stellen.

Der Bundestag hat am Donnerstag den Haushalt des Bundes für 2025 beschlossen. Danach kann der Bund **502,55 Milliarden Euro** ausgeben, das sind 5,4 Prozent mehr als 2024.

Stephan Brandner (AfD)sagte dazu: Wir von der Alternative für Deutschland hätten uns gewünscht, über Deutschland intensiver zu reden und am morgigen Tag noch eine Sitzung dranzuhängen, um das zu beleuchten, was Sie hier in die Wege leiten,nämlich eine Rekordverschuldung nie dagewesenen Ausmaßes. In Dutzenden von wegweisenden Reden haben wir aus der Alternative für Deutschland hier Ihr politisch-haushalterisches Vollversagen vorgeführt, mit dem Sie weitere Sargnägel einschlagen wollen in unser Deutschland. Wir haben Alternativhaushalte und über 1 000 Anträge vorgelegt. Von Ihnen wurde alles abgebugelt.



**STEPHAN
BRANDNER**

Wahlkampf in Brandenburg

WAHLKAMPFABSCHLUSS

Kolkwitz



Daniel Münschke, MdL

Steffen Troppa

Stephan Brander, MdB

Steffen TROPPIA

IHR BÜRGERMEISTERKANDIDAT

Am **26. Sept 2025** von **17.00 - 20.00 Uhr**

Gaststätte Zur Eisenbahn, Bahnhofstraße 13, 03099 Kolkwitz

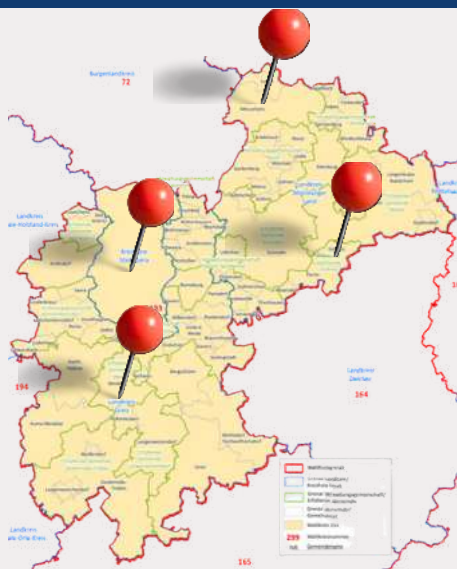


STEPHAN
BRANDNER

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuschwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuschwitz
✉ meuschwitz@brandner-im-bundestag.de

Neu! 🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

